



dialog brief

Dezember 2007



Editorial

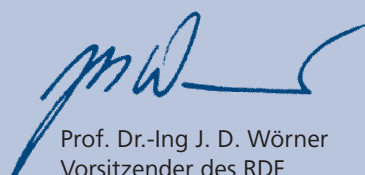
Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2007 hat sich gezeigt: der Dialog in der Region wirkt. Nach sieben Jahren Arbeit haben wir im September den Anti-Lärm-Pakt auf den Weg gebracht. Für diese Arbeit danke ich allen Mitgliedern des RDF sehr herzlich.

Neben einer schnellen Umsetzung braucht der Anti-Lärm-Pakt nun vor allem drei Dinge. Erstens: Die Unterstützung der Politik. Ministerpräsident Roland Koch hat den Anti-Lärm-Pakt auf der letzten RDF-Sitzung als Erfolg gewürdigt. Die Politik will ihren Teil dazu beitragen, dass der Anti-Lärm-Pakt Wirklichkeit wird.

Zweitens: starke Partner, die für seine Vorteile werben – wie zum Beispiel die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau. Sie baut darauf, dass die Empfehlungen des Anti-Lärm-Pakts im Planfeststellungsbeschluss verankert werden.

Drittens: Bürger, die seine Vorteile weiter tragen. Vier Wochen lang tourte deshalb das Mobile Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums durch die Flughafenregion. Dort führte es viele Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern – und stieß auf großes Interesse, wie die Berichte ab Seite zwei zeigen.



Prof. Dr.-Ing J. D. Wörner
Vorsitzender des RDF

„Das Land wird seinen Beitrag zum Anti-Lärm-Pakt leisten“

Ministerpräsident Roland Koch zu Gast bei der Sitzung des RDF

Am 23. November besuchte Ministerpräsident Roland Koch die Sitzung des Regionalen Dialogforums (RDF) in Nierstein. Gemeinsam mit den Mitgliedern des RDF diskutierte er über die Umsetzung der Mediation und des Anti-Lärm-Pakts.

Dialog als Schlüssel zum Erfolg

Der Ministerpräsident würdigte die Arbeit des Forums: „In den letzten sieben Jahren haben Sie intensiv um eine Einigung gerungen“, so Koch. „Mit dem Anti-Lärm-Pakt liegt sie nun vor, und wird im Grundsatz allen Seiten gerecht. Jetzt muss das Land seinen Beitrag leisten, um den Anti-Lärm-Pakt Wirklichkeit werden zu lassen.“ Koch lobte auch den Willen zum Dialog, an dem das Forum in all den Jahren festgehalten habe: „Mit dem Forum haben Sie den Konflikt von der Straße geholt und in ein Gremium verlagert, das das Wohl der ganzen Region im Blick hat“, so Koch. Diese Arbeit habe den Mitgliedern einiges abverlangt, weil im Forum die verschiedensten Meinungen zu Wort gekommen seien.

Mehr Lärmschutz in der Region

Der Ministerpräsident betonte, die Ergebnisse des Forums hätten den Aktiven Lärmschutz in der Region deutlich voran gebracht. Der Anti-Lärm-Pakt beinhaltete zum Beispiel viele Vorschläge, die weit über das hinausgingen, was nach Recht und Gesetz selbstverständlich sei. Hier hätten sich die Partner deutlich aufeinander zu bewegt. Das RDF habe die Diskussion um den Ausbau des Frankfurter Flughafens versachlicht und die Argumente rationaler gemacht. Hierzu hob Koch auch die Gutachten des Forums hervor: „Mit der Qualität der Gutachten hat das Forum ganz neue Standards gesetzt.“



Ministerpräsident Koch und Professor Wörner bei der RDF-Sitzung

Wie geht der Dialog weiter?

Mit Blick auf die Zukunft des Dialogs in der Region stellte Koch klar: „Mit der Vorlage des Anti-Lärm-Pakts hat das Regionale Dialogforum seinen Beratungsauftrag erfüllt. Der Dialog muss jedoch auch nach einem Planfeststellungsbeschluss weiter gehen. Nur wenn Flughafen und Umland weiter im Gespräch bleiben, kommen wir zu einer Lösung im Sinne der Region.“ Die zentrale Frage sei also nicht ob, sondern wie der Dialog weiter geführt werde. Hier bat Koch das Forum um Vorschläge.

Unterstützung von der Politik

Professor Johann-Dietrich Wörner, Vorsitzender des Forums, begrüßte die Unterstützung des Ministerpräsidenten für die Ergebnisse des Dialogs: „Wir haben mit dem Anti-Lärm-Pakt als Teil der Mediation einen fairen Ausgleich der Interessen auf den Tisch gelegt. Dabei haben wir uns darauf konzentriert, wie die Mediation umgesetzt werden kann und wie wir die Menschen vor Lärm schützen können – mit aktiven Lärmschutzmaßnahmen, die wirklich etwas bringen, und von der Luftfahrtseite als Gegenleistung für den Ausbau freiwillig erbracht werden. Diese Einigung muss nun auch von Politik und Behörden berücksichtigt und unterstützt werden“, so Wörner.

Kalter Wind und gute Gespräche

Das Mobile Bürgerbüro des RDF tourte vier Wochen lang durch die Flughafenregion

Sabine Krämer tritt aus dem Supermarkt hinaus auf die Straße. „Jetzt ab nach Hause“, denkt sie, fasst ihren Einkaufskorb und macht sich auf den Weg zu ihrem Auto. Plötzlich erregt aus dem Augenwinkel etwas ihre Aufmerksamkeit: Blau, orange, Flughafen. Sie bleibt stehen, dreht sich um und liest: „Ein Anti-Lärm-Pakt für die Region.“ Das steht dort drüben auf einem Plakat unter einem blauen Zelt. Den Anti-Lärm-Pakt kennt sie aus der Presse. Gerade in den letzten Wochen hat sie viel dazu gelesen. Und da gibt es doch etwas, was sie schon immer wissen wollte. Sie macht kehrt, geht auf das Zelt zu und fragt die Dame hinter dem Tisch: „Sagen Sie, wie laut wird es hier nach dem Ausbau des Flughafens?“

Tour durch die Region

Diese und viele andere Fragen haben Barbara Banse und ihr Team vom Mobilien Bürgerbüro im Herbst 2007 häufiger gehört. Von September bis Oktober tourten sie durch die Flughafenregion, an neun Standorten zwischen Offenbach und Mainz und von Flörsheim bis Weiterstadt. Im Gepäck: Alle Informationen rund um den Anti-Lärm-Pakt, das RDF und den Flughafen ausbau – und ganz viel Offenheit für Gespräche mit den Menschen in der Region. Insgesamt 300 Bürgerinnen und Bürger suchten bisweilen sehr intensive Gespräche am Stand des Bürgerbüros, stellten Fragen, diskutierten mit anderen Besuchern oder informierten sich an den Plakatwänden über die einzelnen Bausteine des Anti-Lärm-Pakts und die Vorteile, die sie der Region bringen. Viele weitere Bürgerinnen und Bürger nahmen nur ein Informationspaket mit.

„Irgendwann muss Schluss sein mit dem Lärm“

„Was bringt der Lärmindex überhaupt?“, fragte ein Bürger in Mainz. „Der Lärmindex bringt Klarheit über die Lärmentwicklung. Er nennt Ihnen einen Wert, wie viele Menschen in der

Flughafenregion vom Fluglärm stark belästigt sind – zum Beispiel im Jahr 2020“, erklärte Banse. Gleichzeitig lege der Anti-Lärm-Pakt diesen Wert für 2020 auch als Obergrenze für die Lärmbelastung fest, die in Zukunft nicht überschritten werden dürfe. „Die Lärmobergrenze finde ich gut, irgendwann muss ja auch mal Schluss sein mit dem Lärm“, erwiderte der Bürger. Auch das Instrument des Lärmindex finde er sinnvoll.

„Der Anti-Lärm-Pakt fordert keine 15 Ausnahmen vom Nachtflugverbot“

In Flörsheim stand das Nachtflugverbot im Mittelpunkt am Stand des Mobilien Bürgerbüros. „41 Nachtflüge, 15 Nachtflüge – in den letzten Wochen sind ja beim Nachtflugverbot viele



Barbara Banse von der Geschäftsstelle des RDF (rechts) informiert Bürger über Fluglärmkonturen.

Zahlen durch die Presse begeistert. Ich will nachts meine Ruhe haben. Setzt sich der Anti-Lärm-Pakt für mein Recht auf Nachtruhe ein?“, fragte eine Bürgerin gereizt. „Ja, das macht er“, erklärte Banse. Er gehe sogar noch weiter und treffe Vorsorge: „Die Planfeststellungsbehörde oder Gerichte könnten Nachtflüge aus rechtlichen Gründen zulassen“, so Banse. „Dann sagt der Anti-Lärm-Pakt: Wenn es aus rechtlichen Gründen Ausnahmen geben muss, dann höchstens 15 Flüge pro Nacht.“ Und das gehe nur, wenn auf der anderen Seite auch Bedingungen erfüllt seien: „Zum Beispiel muss die Lärmbelastung in der Region insgesamt um zehn Prozent sinken. Die Flugzeuge dürfen auch nicht

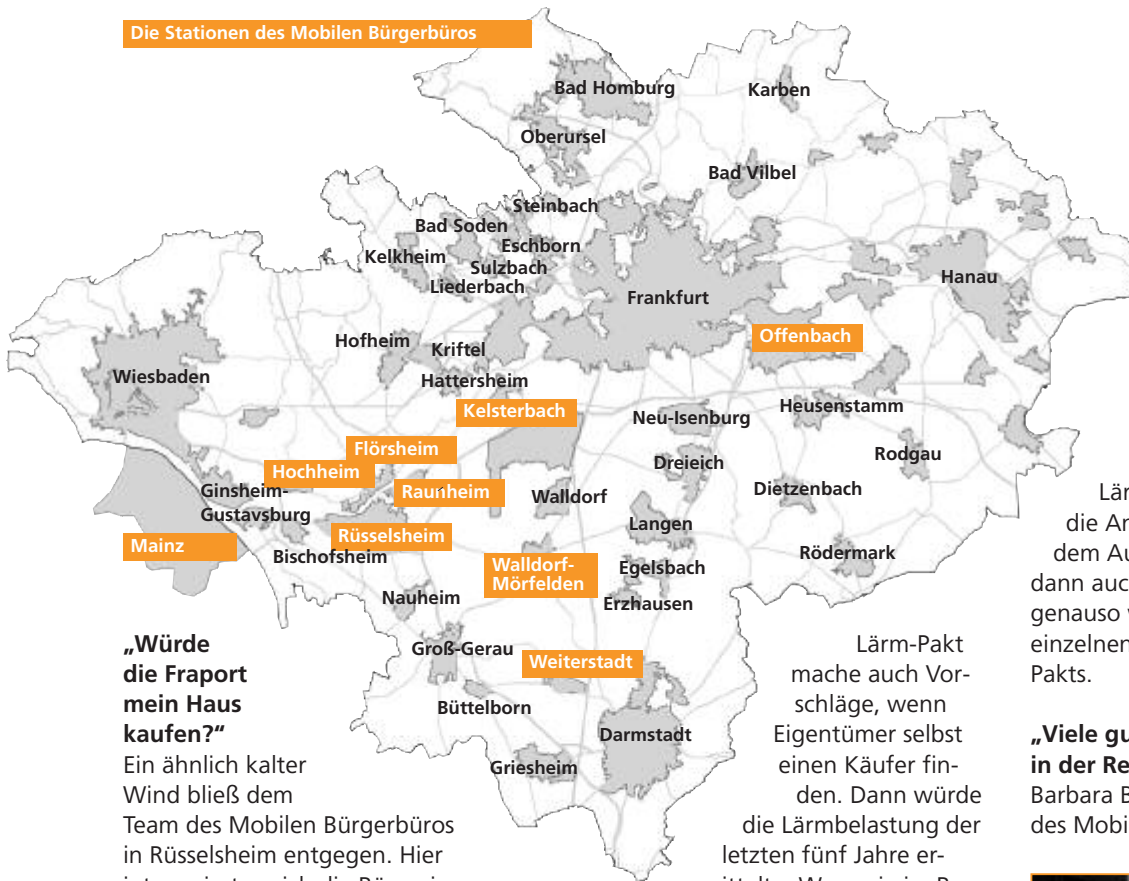


RDF-Mitarbeiter Daniel Hanzlik (rechts) und Kai Plambeck (mitte) im Gespräch mit einem Bürger.

fliegen, wo sie wollen, sondern müssten bestimmte Flugrouten nutzen.“ Heute gebe in der Mediationsnacht zwischen 23 und 5 Uhr zwischen 50 und 60 Flüge.

Flörsheims Bürgermeister Michael Antenbrink, der den Stand des Mobilien Bürgerbüros besuchte, stellte sich hinter den Anti-Lärm-Pakt. Er bedauere es sehr, dass es gerade beim Nachtflugverbot wegen zum Teil falscher Presseberichte zu grundsätzlichen Missverständnissen gekommen sei. „Der RDF-Vorsitzende Johann-Dietrich Wörner hat keine 15 Nachtflüge als Ausnahme vom beantragten Nachtflugverbot gefordert“, so Antenbrink. Er habe diese Zahl vielmehr für den Fall als Höchstgrenze festschreiben wollen, dass die Gerichte nach der angedrohten Klage der Lufthansa und anderer Fluggesellschaften das Nachtflugverbot kippen sollten.

„Ich finde es ja gut, dass sich der Anti-Lärm-Pakt für das Nachtflugverbot stark macht – und gesetzlich erzwirkte Ausnahmen dann so niedrig wie möglich halten will“, erwiderte ein Bürger. Aber eigentlich bin ich darüber enttäuscht, dass wir heute überhaupt über Ausnahmen sprechen müssen. Ich habe mich nach der Mediation im Jahr 2000 darauf verlassen, dass nachts niemand fliegt. Und jetzt wird überall von Ausnahmen gesprochen – das ärgert mich einfach.“



„Würde die Fraport mein Haus kaufen?“

Ein ähnlich kalter Wind bließ dem Team des Mobilen Bürgerbüros in Rüsselsheim entgegen. Hier interessierten sich die Bürgerinnen und Bürger besonders für das Thema Immobilienmanagement. „Ich wohne seit 40 Jahren in meinem Haus – und es wird lauter und lauter“, klagte ein Bürger. „Besonders bei Ostwetterlage kann ich zu Hause meinen Balkon nicht mehr benutzen. Mir reicht es. Ich denke schon darüber nach, zu verkaufen. Aber für so ein Haus bekomme ich doch kein Geld mehr. Oder würde die Fraport mein Haus kaufen?“

„Der Anti-Lärm-Pakt greift diese Sorgen auf und macht Vorschläge, um Menschen wie Ihnen zu helfen“, erklärte Banse. Seien die Häuser ständig einem Dauerschallpegel von über 62 db(A) ausgesetzt und flögen die Flugzeuge tiefer als 350 m schlage



Beim Mobilen Bürgerbüro gab es viele Informationen zum Anti-Lärm-Pakt.

der Anti-Lärm-Pakt vor, dass die Fraport die Häuser kaufen solle. „Laut Anti-Lärm-Pakt müsste die Fraport Ihnen dann den gleichen Preis zahlen, den sie Anfang 2000 für Ihr Haus erzielt hätten“, so Banse. Der Anti-

Lärm-Pakt mache auch Vorschläge, wenn Eigentümer selbst einen Käufer finden. Dann würde die Lärmbelastung der letzten fünf Jahre ermittelt. „Wenn sie im Bereich von 60 bis über 62 db(A) liegt, sollte die Fraport Ihnen laut Anti-Lärm-Pakt zehn Prozent des Verkaufspreises zahlen, bei über 62 db(A) 15 Prozent“, erklärte Banse weiter. Das ist ja alles schön und gut“, antwortete der Bürger. „Aber wissen Sie eigentlich, wie laut das ist, wenn ein Flugzeug 350 m über Ihrem Haus fliegt? Ich erlebe das jeden Tag. Für mich ist die Überflughöhe zu weit oben angesetzt, die Grenze für den finanziellen Ausgleich muss runter“, so der Bürger.

„Wie laut wird es bei mir zu Hause?“

In allen Städten, in denen das Bürgerbüro Station machte, hatten die Bürger auch viele Fragen zu Flugrouten. „Mir kommt es so vor, als fliegen die Flugzeuge heute ganz andere Routen als früher. Wer legt denn die Routen fest?“, fragte eine Bürgerin. „Stellen Sie sich mal eine Straße mit Autos vor. Genau wie Autos müssen sich auch Fluggesellschaften an vorgegebene Routen halten. Wie diese Route genau aussieht, entscheidet das Luftfahrtbundesamt und die Flugsicherung in Absprache mit der Fluglärmmmission“, erläuterte Banse. „Und wo fliegen die Flugzeuge nach dem Ausbau? Wie laut wird es dann bei mir zu Hause?“, fragte die Bürgerin weiter. „Ich zeige es Ihnen“, erwiderte Banse. Auf einem Computer am Stand zeigte sie dann der Bürgerin auf Karten die Lärmlastung ihrer Stadt – heute und für die Zeit nach dem Ausbau. Diese

Lärmkarten und Karten über die An- und Ablugrouten nach dem Ausbau konnten die Bürger dann auch mit nach Hause nehmen – genauso wie Informationen zu den einzelnen Bausteinen des Anti-Lärm-Pakts.

„Viele gute Gespräche in der Region“

Barbara Banse war bei allen Stationen des Mobilen Bürgerbüros dabei. Nach



Christopher Gohl, Projektleiter des RDF, erklärt den Anti-Lärm-Pakt.

den vielen Begegnungen mit den Menschen in der Region und den unzähligen Gesprächen über Fluglärm, die Angst vor dem Ausbau und die Erwartungen an das RDF zieht sie eine positive Bilanz: „Es war gut, dass wir raus gegangen sind. Die Menschen waren froh, dass wir da waren. Viele haben die Chance genutzt, sich aus erster Hand über den Anti-Lärm-Pakt und den Ausbau des Flughafens zu informieren. Wir haben viele gute Gespräche geführt – auch mit den Bürgerinitiativen, die sich in einigen Städten mit Protestplakaten gegen den Flughafenausbau demonstrativ neben unseren Stand gestellt haben.“ Natürlich habe es auch viel Kritik gegeben, viel Wut habe sich entladen, besonders über die Diskussion über Ausnahmen beim Nachtflugverbot. „Aber“, so Banse „auch das hatte Positives. Die Menschen konnten mal ihren Frust ablassen. Waren dann die Emotionen abgeklingen, haben wir viele gute Gespräche geführt und Missverständnisse ausgeräumt.“

Ein wichtiger Schritt für die Region

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau begrüßt Anti-Lärm-Pakt

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat sich auf ihrer Herbstsynode mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens beschäftigt. Die rund 160 Kirchenvertreter begrüßten in ihrem Synodenwort die Vereinbarungen im Rahmen des Anti-Lärm-Pakts (ALP). Weiterhin forderten sie, die Ergebnisse des Mediationsverfahrens uneingeschränkt umzusetzen.

Wichtiger Schritt für weniger Lärm

Die Kirchensynode ist der Überzeugung, dass mit dem ALP ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein Nachtflugverbot und zum Aktiven Schallschutz in der Region gegangen worden ist, der auch auf Bundesebene anerkannt und berücksichtigt werden muss. Besonders hervorzuheben seien die Senkung des Lärmindex um zehn Prozent, die Festlegung von Lärmobergrenzen über das Jahr 2020 hinaus sowie die Maßnahmen im Rahmen des Aktiven wie auch des Passiven Schallschutzes. Die Synode erwartet, dass die genannten Maßnahmen Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens werden.

Nachtflugverbot im Planfeststellungsbeschluss verankern

Wie auch der ALP fordert die Synode, das Nachtflugverbot in der Mediationsnacht zwischen 23.00 und 5.00 Uhr uneingeschränkt zu erhalten. Der Vorsitzende des Regionalen Dialogforums, Professor Johann-Dietrich Wörner, kritisierte auf der Synode die aktuelle Diskussion über mögliche Ausnahmen: „Ich stehe nach wie vor für null Nachtflüge“, so Wörner. „Dies ist so auch im Anti-Lärm-Pakt festgehalten. Er bleibt hier aber nicht stehen, sondern

trifft Vorsorge für den Fall, dass Gerichte nach bereits angekündigten Klagen Ausnahmen beim Nachtflugverbot durchsetzen.“ Dann schränke der ALP diese Ausnahmen auf 15 Flüge in der Nacht ein – gekoppelt an weitere Bedingungen. Vorwürfe, Wörner habe mit diesem Vorschlag das Nachtflugverbot unterlaufen, wies er zurück: „Wenn jemand zur Prävention einen Feuerlöscher kauft, kann man ihn doch auch nicht als Brandstifter bezeichnen“, so Wörner.

Arbeit im RDF

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ist Mitglied im Regionalen Dialogforum (RDF) und arbeitet auch in den thematisch orientierten Projektteams des RDF mit. In ihren regelmäßig stattfindenden „Evangelischen Flughafengesprächen“ beschäftigt sie sich mit dem geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens und informiert die Bürger der Flughafenregion über die Arbeit des RDF.

„Wichtige Maßnahmen beim Aktiven Schallschutz“



**Jörn Dulige,
Kirchenrat,
Vertreter der
Evangelischen
Kirche in Hessen
und Nassau
im RDF, zum
Anti-Lärm-Pakt**

Welchen Gewinn bringt der Anti-Lärm-Pakt der Region?

„Der Anti-Lärm-Pakt schlägt beim Aktiven Schallschutz Maßnahmen vor, die so noch nie zusammenfassend beschrieben worden sind. Diese Maßnahmen tragen zu mehr Lärmschutz bei – und sind deshalb ein Gewinn für die Region.“

Welche Punkte aus dem Anti-Lärm-Pakt sollten auf jeden Fall im Planfeststellungsbeschluss auftauchen?

„Alle Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes sind wichtig. Aber auch die Deckelung des Lärms durch die Lärmobergrenze halte ich für ein deutliches Zeichen für die Region: Der Lärm wird nach einem möglichen Ausbau nicht unbegrenzt weiter wachsen. Es wird eine Belastungsgrenze erreicht, die nicht überschritten werden darf.“

Das Nachtflugverbot wird von vielen Seiten in Frage gestellt. Was antworten Sie den Kritikern, die aus wirtschaftlichen Gründen Ausnahmen beim Nachtflugverbot fordern?

„Ich erinnere sie an das Mediationsergebnis. Und an die damals klar getroffene Vereinbarung, den Flughafen nur dann auszubauen, wenn auch ein rechtsverbindliches Nachtflugverbot kommt. Diese Vereinbarung ist von allen Seiten unterschrieben worden, auch von der Lufthansa. Ein Rückfall hinter dieses Ergebnis wäre unlauter.“

Impressum 12 2007

Herausgeber

Geschäftsstelle des
Regionalen Dialogforums

Bürgerbüro
Diesterwegstraße 10
60594 Frankfurt
Tel.: (0 69) 60 50 44 64
Fax: (0 69) 60 50 48 74

www.dialogforum- flughafen.de

Der „dialog brief“
wird auf der RDF-
Internetseite unter
„Dialog“ veröffentlicht.

Redaktion

Stephan Rammelt
IFOK GmbH –
Institut für Organisations-
kommunikation

Berliner Ring 89
64625 Bensheim
Tel.: (0 62 51) 84 16 36
Fax: (0 62 51) 84 16 16
e-mail: stephan.rammelt@ifok.de